



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

20 Jahre Universität - Gesamthochschule Paderborn

Blömeke, Sigrid

Paderborn, 1993

Von der Akademie der Weimarer Republik zur Fachschule im
Nationalsozialismus

urn:nbn:de:hbz:466:1-39078

Letztendlich setzte sich in Preußen Eduard Sprangers Konzept durch. Die DLV-Forderungen nach universitärer Volksschullehrer- und Volksschullehrerinnen-ausbildung sollten in Nordrhein-Westfalen erst 1972 mit den Gesamthochschulen Realität werden.

Der grundlegende und wegweisende Beschluß vom 10. Februar 1922, der in Preußen zur Errichtung von Pädagogischen Akademien führte, sah vor, daß die pädagogische Fachausbildung zwei Jahre dauern und nicht an der Universität stattfinden solle (vgl. Zierold/Rothkugel, S. 11). Zwei Jahre später legte die preußische Regierung fest, daß die künftigen Akademien - wie einst die Seminare - konfessionell gebunden sein sollten (vgl. Weber, S. 135). Das bedeutete eine Bindung der Lehre auch an Glaubensinhalte statt nur an die Prinzipien von Vernunft und Rationalität: Für katholische Akademien war damit beispielsweise die Darwinsche Evolutionstheorie ebenso tabu wie die Urknalltheorie.

*Von der Akademie der Weimarer Republik
zur Fachschule im Nationalsozialismus*

15 Pädagogische Akademien wurden schließlich im Preußen der Weimarer Republik eingerichtet: zwölf evangelische, zwei katholische in Bonn und Beuthen und - von den liberalen und linken Fraktionen im preußischen Landtag gegen scharfe Proteste der katholischen Kirche durchgesetzt - eine simultane Akademie in Frankfurt/M. (vgl. ebd., S. 292). Eine evangelische Akademie in Dortmund blieb die einzige Einrichtung zur Volksschullehrerinnen- und Volksschullehrerausbildung in ganz Westfalen. Weitere hier geplante - u. a. eine katholische in Paderborn - fielen Anfang der 30er Jahre der Wirtschaftskrise zum Opfer.

Die Pädagogischen Akademien waren jeweils nur für 120 Schülerinnen und Schüler ausgelegt. Bei der Wahl des Ausbildungsortes herrschte keine Freizügigkeit, auf ein späteres Universitätsstudium wurden die an der PA absolvierten Semester nicht angerechnet. Der Ausbildungsgang war mit nahezu dreißig Unterrichtsstunden und einem Unterrichtsjahr, das sich am Schulwesen orientierte, fast vollständig verschult. Die Pädagogischen Akademien ähnelten in dieser Form eher den höheren Fachschulen der Weimarer Republik (wenn auch das Abitur als Eingangsvoraussetzung höhere Maßstäbe setzte) als den Universitäten.

Die NS-Regierung veränderte die Strukturen der Pädagogischen Akademien bis 1940 kaum, entließ allerdings eine Reihe reformorientierter Dozenten vor allem von den Akademien in Frankfurt/M. und in Halle (vgl. Beurlaubung, S. 249). Gegenüber der organisatorischen Gleichschaltung und der zu vermittelnden Inhalte erwiesen sich die Akademien nicht als faschismusresistent. Sie wurden - bei-

spielsweise durch Einführung des Faches Wehrkunde - der neuen Ideologie angepaßt.

Die zentrale Änderung in der Volksschullehrerinnen- und Volksschullehrerausbildung erfolgte erst ein Jahr nach Kriegsbeginn im November 1940 mit einem „Führerbefehl“. Dieser ordnete die Auflösung der - mittlerweile in „Hochschulen für Lehrerbildung“ umbenannten - Akademien und die Einrichtung von „Lehrerbildungsanstalten“ an (vgl. Ottweiler, S. 207). Das bedeutete eine Absenkung ihres Niveaus: Die Schuldauer betrug fünf Jahre, wobei der Volksschulabschluß und HJ-Mitgliedschaft Zugangsvoraussetzungen waren. Das Fachschulniveau wurde damit auch in der äußeren Form deutlich. Andererseits muß man jedoch feststellen, daß das Absenken des Niveaus neue Aufstiegschancen brachte für Kinder aus traditionell bildungsfernen Schichten.

Neuanfang unter englischer Besatzung

Nach der Befreiung vom Faschismus wurde eine vollständige Neuordnung der Ausbildung notwendig. Für die Briten, in deren Besatzungszone die Provinz Westfalen lag, war aber angesichts der ökonomischen Krise in Großbritannien der wirtschaftliche Wiederaufbau ihrer Zone wichtiger als die Bildungspolitik, so daß sie keinen Versuch unternahmen, den organisatorischen Aufbau der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung zu beeinflussen (vgl. Blömeke, S. 121ff.). Sie zogen sich auf die Position des „indirect rule“ zurück. Die vorherrschenden deutschen Konzepte spielten deshalb eine um so bedeutendere Rolle.

In den Akten des westfälischen Oberpräsidiums lassen sich neun ausgearbeitete Pläne für die Volksschullehrerinnen- und Volksschullehrerausbildung finden. Keins der Konzepte sprach sich für eine Ausbildung an der Universität aus (vgl. StA MS, OP 8371). Sie knüpften an christliche Vorstellungen an, so daß sich bestimmte Merkmale einer künftigen Lehrerinnen- und Lehrerausbildung - wie beispielsweise die erneute konfessionelle Bindung - bereits sehr früh abzeichneten. Dies war angesichts der allgemein geltenden Überzeugung, die Kirchen hätten in der NS-Zeit Widerstand geleistet, und der Tatsache, daß die Kirchen die einzigen Organisationen waren, die den Zusammenbruch unbeschadet überstanden hatten, Konsens. Es existierte jedoch keine Dominanz einer speziellen Organisationsform, diskutiert wurde sowohl über Seminare als auch über Pädagogische Akademien.

Die Notwendigkeit einer schnellen Ausbildung neuer Lehrerinnen und Lehrer führte anfänglich zu einer Konzentration auf behelfsmäßige Sonderlehrgänge, da man auf die Erzieherinnen und Erzieher der NS-Zeit nach Möglichkeit nur sehr begrenzt zurückgreifen wollte. Einer von diesen einjährigen Kursen, die ehemaligen Soldaten vorbehalten waren, begann Ende Mai 1946 auch in Paderborn.